

A N F R A G E von Markus Schaaf (EVP, Zell), Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil) und Franco Albanese (CVP, Winterthur)

betreffend Wer stoppt im Kanton Zürich Heimatschutz und Denkmalpflege?

Auf der Homepage der Kantonalen Denkmalpflege wird der Auftrag dieses Amtes mit folgenden Worten umschrieben: «Das Ziel der Denkmalpflege ist die Überlieferung des architektonischen Erbes an künftige Generationen. Dies erfordert ein sorgsames Abwägen zwischen den Interessen der Liegenschaftsbesitzer und -nutzer und dem öffentlichen Auftrag, die Baudenkmäler integral zu erhalten.»

Aufgrund der Erfahrungen entsteht in der Bevölkerung je länger je mehr der Eindruck, dass keine ausgewogene Güterabwägung zwischen den Interessen von Denkmalpflege und Heimatschutz auf der einen Seite und den Bedürfnissen von Liegenschaftsbesitzern und -nutzern mehr stattfindet.

Rostende Schulhäuser dürfen nicht fachgerecht zurückgebaut werden, Nordfassaden von Bausünden aus den siebziger Jahren sollten energetisch saniert werden – doch die Denkmalpflege verhindert dies. Alte Fabrikgebäude müssten dringend energetisch saniert werden, aber die Denkmalpflege lässt dies nicht zu. Stützmauern im Keller müssen aufwändigst mit Bruchsteinen aufgefüllt werden, obwohl die Stützmauer anschliessend wieder mit einem Verputz zugedeckt wird. Leerstehende, ungenutzte Kapellen verfallen und dürfen nicht überbaut werden, verrottete Fensterläden müssen durch Holzläden ersetzt werden, obwohl diese ein Mehrfaches an Unterhaltskosten verursachen. All diese Entscheide der Kantonalen Denkmalpflege sind in der Bevölkerung nicht mehr nachvollziehbar. Damit gerät der an und für sich sinnvolle Zweck der Kantonalen Denkmalpflege je länger je mehr in Misskredit.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Entsprechen die Empfehlungen des Heimatschutzes und die Verfügungen der KDK dem politischen Willen des Regierungsrates?
2. Was unternimmt der Regierungsrat, damit Entscheide der KDK in Zukunft wieder nachvollziehbarer sind und die berechtigten Interessen der Liegenschaftsbesitzer in der Interessensabwägung genügend berücksichtigt werden?
3. Welche Zielvorgaben an die KDK wären nötig, damit Schutzmassnahmen ökonomisch verkraftbar sind und die geschützten Gebäude wirtschaftlich sinnvoll genutzt werden können?
4. Welche Zielvorgaben an die KDK wären nötig, damit ökologische und nachhaltige Sanierungen an geschützten Objekten nicht weiterhin durch Auflagen verhindert werden?
5. Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf für gesetzliche Anpassungen, damit im Bereich von schützenswerten Objekten die vorhandenen räumlichen Ressourcen angesichts der knapper werdenden Landreserven (Kulturlandinitiative) besser genutzt werden können?

Markus Schaaf
Johannes Zollinger
Franco Albanese